Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
CINCINNATIER VOLKSBLATT, BOX 228,
CINCINNATI, OHIO.

Haupt-Offices:
NO. 637 VINE STRASSE.
CINCINNATI, O.
Geschäfts-Departement....Telephon Canal 2024
Redaktion.....Telephon Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., 509—511 Madison Ave. Telephon South 3254
Newport, Ky., 339 York Str., Tel. South 2401

Donnerstag, den 12. März 1914

Sekretär Bryan hat ein richtiges Wort gesprochen, als er in der Legislatur von Maryland die Einführung von Initiative und Referendum empfahl, indem er sagte, daß die Bürger mehr Verstand und Ehrlichkeit besitzen, als ihre Vertreter in den Gesetzgebungen. Die Richtigkeit der Ansicht wird durch die Erfahrung erwiesen. Wo Initiative und Referendum fehlen, sind die Bürger der schonungslosesten Ausbeutung durch die öffentlichen Korporationen preisgegeben.

Der Eisenbahn-Kommissär von Iowa, Clifford Thorne, setzt seinen Kampf gegen den Frachtaufschlag fort. Der Behauptung der Eisenbahn-Präsidenten, daß sie keine Bonds unterbringen können, bis sie einen Frachtaufschlag erlangt haben, stellt er entgegen, daß sie seit 1910, als sie den Aufschlag forderten, für 500 Millionen Dollars Sekuritäten verkauft haben. Ebensowenig läßt er die Forderung gelten, daß der Aufschlag nöthig sei, um Verbesserungen vorzunehmen, da solche Verbesserungen den Profit der Eisenbahnen erhöhen und es demnach eine starke Zumuthung ist, daß das Volk dafür bezahlen soll, weil die Eisenbahnen größere Profite erzielen.

Die Bill zur Herstellung von Regierungsbahnen in Alaska ist nunmehr Gesetz. Das wird der zweite Eisenbahnbesitz des Bundes, da dieser bereits die Panamabahn besitzt und verwaltet. Die in letzterem Falle gemachten Erfahrungen sind überaus ermuthigend. Unter der früheren privaten Verwaltung der Panamabahn mußten die Versender exorbitante Preise bezahlen. Jetzt sind sie bedeutend billiger und der Betrieb läßt an Promptheit nichts zu wünschen übrig. Wenn damit auch nicht einer Nationalisirung der Eisenbahnen das Wort geredet werden soll, weil wir einen von der Regierung kontrolirten privaten Betrieb vorziehen, so ist doch die Erfahrung von großem Werth, da sie das bisherige Argument abschneidet, daß ein Regierungsbetrieb absolut undenkbar sei.

Die von der deutschen Regierung begünstigten Junker sehen einer Entfettungs-Kur entgegen, die aber von Rußland vorgenommen werden wird. Um ihren Junkern zu einem hohen Preise für ihr Getreide zu verhelfen, hat die deutsche Regierung die Einrichtung getroffen, daß für Getreide, das nicht importirt worden ist, bei der Ausfuhr der Zoll, der nicht bezahlt worden ist, rückvergütet wird. Sobald daher die deutschen Junker der Ansicht sind, daß das Volk ihnen nicht genug für ihr Getreide bezahlt, exportiren sie dasselbe und zwar nach Rußland. Darüber sind die ungarischen Agrarier ungehalten und verlangen von der Regierung, daß sie einen Getreidezoll erhebe. Da die russischen Junker eben so mächtig im Staate sind, wie die deutschen, so dürfte dieser Wunsch in Erfüllung gehen und dann steht dem deutschen Volk in Aussicht, sein Brod etwas billiger zu bekommen.

Die Landjunker sind in der ganzen Welt amüsante Leute und die englischen Feudalen machen hierin keine Ausnahme. Wer gegen sie auftritt, ist ein Volksverführer und rüttelt an den Säulen der öffentlichen Ordnung. Die englischen Landjunker sind auf den Schatzkanzler Lloyd George besonders schlecht zu sprechen, weil er den Nachweis geliefert hat, daß sie heutzutag noch dieselben Steuern für ihren Bodenbesitz zahlen wie vor 200 Jahren und daß sie das Land entvölkern, indem sie über ein Drittel des Landes in Großbritannien zu Jagden verwenden, was sie nicht thun könnten, wenn sie die gebührlichen Steuern bezahlen müßten und daß sie aus dem anderen Drittel die horrendsten Renten ziehen, resp. das Land brach liegen lassen, wenn sie die geforderten Renten nicht erlangen. Um ihm den Mund zu schließen, brachten sie im Hause eine Resolution ein, dahingehend, daß der Kanzler durch seine Reden dem englischen Reiche großen Schaden zufüge. Es zeugt von echt junkerlicher Frechheit, daß sie sich einbildeten, eine solche Resolution durchbringen zu können. Das Resultat war natürlich, daß sie glänzend abfielen.

An San Francisco haben die Fleischer beschlossen, keine Leber mehr zu verkaufen, um solcher Weise gegen die Großhändler zu protestiren, die 15 Cents für ein Pfund Leber fordern. Da der Kleinhändler mindestens 20 Cents verlangen müßte, so verbietet sich der Handel sogar von selbst, denn es wäre thöricht von Seiten der Verbraucher, für ein solch unterwerthiges Nahrungsmittel, dem ein Teller voll Erbsen oder Bohnen in Bezug auf Nährwerth bei Weitem vorzuziehen ist, solchen Preis zu bezahlen. Die San Franciscoer Fleischer drohen auch mit einem Boycott gegen Kalbfleisch, was aus demselben Grunde erfolgt, daß das Publikum den Preis, der für Kalbfleisch gefordert wird, nicht bezahlen kann. Ob diese Preistreiberei berechtigt ist oder nicht, ist bislang ein ungelöstes Räthsel geblieben. Daß der Zutrieb an Vieh stark abgefallen ist, kann zugestanden werden; die Farmer wollen sich nicht mehr auf die Viehzucht verlegen, weil Korn ihnen einen besseren Preis bringt, als Fleisch. Allein es kann als richtig angenommen werden, daß der Aufschlag bei Weitem größer ist, als die Verhältnisse rechtfertigen und um diesen Erpressungen ein Ende zu machen, dürfte sich ein nationaler Fleisch-Boycott auf die Dauer einer Woche empfehlen. Dann kämen die Erpresser zu Verstand.

Wenn die Abgabenfreiheit für amerikanische Küstenfahrer, die durch den Panama-Kanal gehen, bestehen bleibt, so werden die Benefizianten J. P. Morgan, William Rockefeller und Geo. F. Baker, die als die Finanzmagnaten des Landes bekannt sind, sein. Diese kontroliren die Schiffe, welche die Küstenschiffahrt zwischen dem atlantischen und pacifischen Gestade vermitteln und ihr Profit, für den die Bürger bezahlen müßten, würde sich auf 2½ Millionen das Jahr belaufen. Gleichzeitig kontroliren sie die transkontinentalen Eisenbahnen. Die zweiundeinhalb Millionen, die sie sparen, werden sie befähigen, zeitweilig die Wasserfracht, die durch den Kanal geht, so niedrig anzusetzen, daß keine Konkurrenz dagegen aufkommen könnte und ist diese aufgehoben, dann ergibt sich das Uebrige von selbst. Die Finanzmagnaten würden dann den Transport durch den Kanal monopolisiren, so daß dieses große Werk blos zu ihrem Nutzen geschaffen wäre. Das ist einer der Gründe nächst der Vertrags-Verletzung, welche den Präsidenten veranlassen, die Aufhebung des Gesetzes zu fordern, das die Abgabenfreiheit gewährt. Die Kongreß-Mitglieder, die auf Seiten des Präsidenten stehen, haben bereits die Statistiken gesammelt, um dem Volke vollsten Aufschluß zu geben und die Absichten der Befürworter der Abgabenfreiheit ins richtige Licht zu stellen.

Die großen Ausgaben.

Im Kongreß hört man die alte Klage, daß die Verwilligungen bis ins Unendliche gehen. Bis jetzt hat man dafür keine andere Abhilfe gefunden, als Parteigezänk. Wenn die Republikaner am Ruder sind, erheben die Demokraten den Vorwurf der Verschwendung und umgekehrt. Selbstverständlich bleibt dann Alles beim Alten. Eine gute Wirthschaft ist nur durch einen Systemwechsel zu erlangen. Bei der jetzigen Methode ist eine gute Verwaltung der öffentlichen Gelder ausgeschlossen. In erster Reihe fehlt es an aller Uebersicht. Wie diese zu erlangen ist, lehren die europäischen Regierungen. Wenn der europäische Finanzminister sein Budget unterbreitet, ist Alles genau bis auf den letzten Heller ausgerechnet, wobei streng dafür gesorgt wird, die Ausgaben mit den Einnahmen im Gleichgewicht zu halten. Unter dem Präsidenten Taft ist die europäische Methode, so weit es die Regierung selbst betrifft, eingeführt worden. Die verschiedenen Sekretäre unterbreiten ihre Etats und dann werden die nöthigen Streichungen vorgenommen, um eine Bilanz mit den Einnahmen herzustellen. Aber diese Arbeit ist vergebens. Der Kongreß kümmert sich nicht um das von der Regierung ausgearbeitete Budget und jeder Anschein von Ordnung wird aufgehoben durch die Ueberweisung der verschiedenen Etats an die betreffenden Kongreß-Kommitteen. Zuerst kommen die Haus-Kommitteen daran und jedes von ihnen scheint einen Ehrgeiz darein zu setzen, recht große Verwilligungen zu erlangen. Dann unterbreitet jedes Kommittee sein eigenes Etat, eins nach dem anderen. Wenn das zweite Etat passirt ist, hat man schon vergessen, was das erste bewilligt hat oder man bekümmert sich überhaupt nicht um die Höhe irgend eines Etats. Erst wenn alle Etats verwilligt sind, erhebt sich der Vorsitzer des Kommittees für Verwilligungen und macht die Ankündigung, daß das Haus mehr Ausgaben angeordnet hat, als die Einnahmen betragen. Damit ist es abgethan. Eine Aenderung wird nicht vorgenommen. Dann geht das Budget, wenn man ein Chaos von Verwilligungen mit diesem Namen bezeichnen darf, an den Senat. Dort setzen die Kommitteen wieder ihre Verwilligungen an und der Senat passirt sie. Das Höchste, was zur Bilanzirung gethan wird, besteht darin, daß der Vorsitzer des Finanz-Kommittees noch weitere Verwilligungen, wie sie von den einzelnen Mitgliedern gefordert werden, bekämpft und darauf hinweist, daß nichts mehr hinzugefügt werden kann, ohne ein Defizit in der Höhe von Hunderten von Millionen zu schaffen. Wie das anders eingerichtet werden muß, erweist ebenfalls das Beispiel der europäischen Länder. Dort ist es feststehendes Gesetz, daß das Budget, welches die Regierung unterbreitet, nur verkürzt und nicht erhöht werden darf. Dadurch bleibt die Uebersicht erhalten und unnöthige Ausgaben werden verhütet. Wenn ein Defizit verbleiben sollte, geschieht das nicht durch Unachtsamkeit, sondern mit Absicht. Gewöhnlich handelt es sich um neue Ausgaben, hauptsächlich für militärische Zwecke, zu deren Deckung der Finanzminister eine neue Steuer oder die Ermächtigung zu einer Bonds-Emission fordert. Aber, um es zu wiederholen, ein Defizit durch ungeregelte Verwilligungen kann niemals entstehen. Dadurch werden die Ausgaben stets innerhalb der Einnahmen gehalten, mit Ausnahme der erwähnten neuen Ausgaben und dann wird gleich für die Deckung des mit Bewußtsein geschaffenen Defizits gesorgt.

Aber damit ist die schlimmste Wirthschaft im Kongreß noch nicht annähernd geschildert. Vor zwei Jahren strich der Marine-Minister die Verwilligungen für eine Anzahl Schiffsbauhöfe. Er wies überzeugend nach, daß sie überflüssig sind. Die Repräsentanten der Staaten, wo die Schiffsbauhöfe sich befinden, erhoben sich zum Protest und versuchten den Marine-Sekretär ins Unrecht zu stellen. Natürlich glaubten sie nicht ein Wort von dem, was sie selber sagten. Sie wollten die Ausgaben nicht gestrichen sehen, weil sie glauben, daß die Bürger ihres Distritts es übel vermerken würden, wenn die Zuwendungen aus der Bundeskasse für ihren Bezirk sich vermindern und weil sie sich den Dank der Empfänger von Geldern, welche gestrichen werden sollten, zu erwerben wünschten, der am Stimmkasten zum Ausdruck kommt. Nun sollte man glauben, daß die Mitglieder, welche durch die Streichung nicht betroffen werden, dieser zustimmen würden. Das verstieße aber gegen das Prinzip der Gegenseitigkeit und würde in der Weise geahndet werden, daß diejenigen Mitglieder, in deren Distritten die Reform versucht wird, aus Rache ebenfalls Reformen für die anderen Distrikte fordern würden, d. h. ebenfalls eine Streichung der Zuwendungen aus der Bundeskasse. Das Resultat ist demnach die Bewilligung der unberechtigten Posten.

Besonders eklatant tritt das hervor, wenn das „Pork-Barrel" an die Reihe kommt. Darunter versteht man Verwilligungen für Fluß- und Hafen-Verbesserungen und für öffentliche Bauten. Die Summen belaufen sich alljährlich in die 50 bis 60 Millionen. In diesem Falle wird jede Rücksicht auf Sparsamkeit und auf vernünftige und berechtigte Verwendung der Gelder in den Wind geschlagen. Diese Etats dienen in allererster Reihe politischen Zwecken. Jedes Kongreß-Mitglied will, wenn möglich, in seinem Distrikt ein öffentliches Gebäude errichtet sehen, ob es nothwendig ist, erscheint Nebensache und den Bach in seinem Bezirke für die Schiffahrt eröffnet sehen, wenn er auch nachweislich nicht genug Wasser enthält, um ein Ruderboot zu tragen. Die Ingenieure können remonstriren soviel sie wollen; sie werden nicht gehört. Proteste von Seiten der Mitglieder sind ausgeschlossen, denn dann heißt es: Bewilligst Du nichts für meinen Bach, so bewillige ich nichts für deinen Bach. Damit ist aber noch nicht alles gesagt. Die Bauten, die wirklich nothwendig sind, werden dadurch kostspielig. Da die Beute alljährlich vertheilt wird, so wissen die Ingenieure nicht, wieviel Geld sie von Jahr zu Jahr für die Fluß- und Hafen-Korrukturen erhalten werden. Sie tappen also im Dunkeln. Wenn die Arbeit halb fertig ist, muß sie zum Theil eingestellt werden, weil für das Jahr nicht genug verwilligt worden ist. Die halbangefangene Arbeit verdirbt zum Theil und dann ist eine Extra-Verwilligung für die Reparaturen an Arbeiten nothwendig, die noch gar nicht vollendet sind. Der richtige Weg wäre, nachdem die Pläne ausgearbeitet sind, die Verwilligung für den ganzen Bau anzuweisen, so daß die Ingenieure wissen, was sie zu thun haben. Aber dann würden nur Bauten von Werth unternommen und das widerspricht den Wünschen und Interessen der Kongreß-Mitglieder.

Die jährlich sich wiederholenden Klagen über große Ausgaben sind daher reine Heuchelei; nicht minder die gegenseitigen Angriffe der Parteien. Die Kongreß-Mitglieder beider Parteien wissen ganz genau, wodurch die übermäßigen Ausgaben entstehen und die Mitglieder beider Parteien wollen in einen System-Wechsel nicht einwilligen, der allein die Ausgaben niederhalten könnte.

Die Deutschen in Slawonien.

Agram, 2. März.

Die Deutschen in Kroatien-Slawonien gehen schweren Zeiten entgegen. Bei den am 16. Dezember durchgeführten Wahlen in den kroatischen Landtag errang die kroatisch-serbische Koalition, deren deutschfeindliche Gesinnung bei den Deutschen des Landes in unliebsamer Erinnerung steht, die unbedingte Mehrheit. Unsere Deutschen haben damals einen schweren Fehler dadurch begangen, daß sie, anstatt noch einen zweiten zumeist von Deutschen bewohnten Wahlbezirk zu erobern, das einzige deutsche Landtagsmandat einem jungen, in der Politik noch gänzlich unerfahrenen Bewerber überließen, der als Madjaro-Kroate für die nationalen und kulturellen Forderungen der Deutschen weder Verständniß noch Empfinden hat. Es ist dies Graf Markus Pejatschewitsch, dessen Vorzüge sich kurz dahin zusammenfassen lassen, daß er Enkel und Sohn eines gewesenen Banus und der Sohn des gegenwärtigen Ministers für Kroatien ist. Hinzu kommt noch der Umstand, daß dieser Vertreter der Deutschen nicht der Mehrheitspartei des Landtags angehört und infolgedessen seine Wähler vor den deutschfeindlichen Plänen und Maßnahmen der Mehrheitspartei zu bewahren nicht im Stande ist.

Die kroatisch-serbische Koalition schuf während ihres ersten Regimes im Jahre 1907 ein Schulgesetz, das die Errichtung neuer deutscher Schulen auf dem im Unterrichtswesen autonomen Gebiet Kroatien-Slawoniens nahezu unmöglich macht und überdies noch die Lehrer an den schon bestehenden deutschen Schulen der Kontrolle kroatischer Lehrorgane unterordnet. Die Lehrbücher der deutschen Schulen dürfen nichts anderes als eine Uebersetzung der kroatischen Lehrbücher sein. Die deutschen Schulen dürfen nur von Kindern deutscher Eltern besucht werden, und bei Umgehung dieser Bestimmungen steht der obersten Schulbehörde das Recht der sofortigen Schließung der betreffenden deutschen Schule zu. Allerdings wird dieses Gesetz nicht immer streng angewandt. Zahlreiche im Lande lebende Madjaren ziehen es vor, ihre Kinder lieber in deutsche Schulen zu schicken, da die Errichtung ungarischer Schulen hierzulande auf noch größere Schwierigkeiten stößt, als die Errichtung deutscher Schulen. Der Kroate sieht es noch immer lieber, daß die deutschen Schulen von madjarischen Kindern besucht werden, als daß eine neue ungarische Schule eröffnet wird. Geschieht es aber hier und da, daß ein praktisch denkender Kroate seinem Kinde eine bessere Zukunft sichern will und es darum die deutsche Sprache lernen läßt, dann erheben die Chauvinisten einen förmlichen Sturmlauf gegen die wenigen im Lande bestehenden deutschen Schulen. An der Spitze der obersten Unterrichtsbehörde steht jetzt der Professor für deutsche Philologie und Litteraturgeschichte an der kroatischen Universität in Agram, Dr. Stephan Tropsch, der Sohn deutscher Eltern aus Vinkovze in Slawonien. Von ihm haben jedoch die Deutschen keinen Schutz zu erwarten, denn er verwahrte sich erst kürzlich aufs entschiedenste gegen den Vorwurf, daß er ein Deutscher sei. Und da auch ihr Abgeordneter kein Deutscher ist, stehen die Deutschen in Kroatien-Slawonien gegenüber den Angriffen heute schutzlos da.

Die kroatisch-serbische Koalition begnügt sich aber nicht mit einer Drangsalirung der Deutschen in ihrem Schulwesen. Das amtliche Organ der Koalition, die heute die Regierungspartei bildet, brachte jüngst unter dem Titel „Schützen wir Slawonien" einen Schmerzensschrei über die „Entfremdung" Slawoniens, worin alle Kroaten und Serben zur Gründung eines Kulturvereins aufgefordert werden. Der Verfasser beruft sich auf ähnliche Vereine in Böhmen und in den von Polen und Dänen bewohnten Gegenden Deutschlands, gibt aber selbst zu, daß dieser Landstrich sich zu wiederholten Malen im Besitz der Germanen befunden hat. Er vergißt jedoch hinzuzufügen, daß die hohe Stufe, auf der heute die Landwirthschaft in Slawonien steht, ausschließlich ein Verdienst der Deutschen und ihrer Kolonisation ist. Die Einwohnerzahl Slawoniens beträgt gegenwärtig 647,000 Serbo-Kroaten, 13,000 Kleinrussen, 98,000 Madjaren und 120,000 Deutsche. Die Serben und Madjaren halten zähe an ihrem Grundbesitz fest. Die Deutschen aber erhalten nicht nur ihren Besitz, sondern sie vermehren ihn beständig. Sie sind, was selbst von ihren Gegnern anerkannt wird, die wohlhabendsten, aber auch die fleißigsten Landwirthe Slawoniens. Die Besitzveränderungen an Grund und Boden erfolgen zumeist bei der katholisch-kroatischen Bevölkerung, die sich mehr mit Politik als mit Erwerbswirthschaft befaßt. Die Gutsherrschaft Numa verkauft alljährlich einen geringen Theil ihres sehr umfangreichen Besitzes. Die Käufer sind in der Regel Deutsche, hier und da auch Serben. Kroaten treten fast nie als Bewerber auf; wird hingegen irgendwo das Feld eines Kroaten feilgeboten, kommen Deutsche nicht nur aus Slawonien, sondern auch aus der Batschka und aus dem Banat in Ungarn und bezahlen die besten Preise. Daß dadurch das Deutschthum in Slawonien gekräftigt wird, ist natürlich, aber daß dies vom wirthschaftlichen Standpunkt dem Land von großem Nutzen ist, geben auch die größten Deutschenhasser zu, weil eben die Deutschen als rationelle Bodenbebauer allgemein anerkannt sind. So werden beispielsweise gegenwärtig 8000 Joch der fürstlich Schaumburg-Lippeschen Herrschaft in Wirowititza aufgetheilt: die Käufer sind zu 80 Prozent Deutsche aus Slawonien, Ungarn, Bayern und Württemberg. Wenn diese 8000 Joch in deutsche Hände gelangen sollten, werden ohne Zweifel die kroatischen Blätter Jeter und Mordio über den „deutschen Drang nach Osten" schreien.

Wie aus dieser Darstellung ersichtlich, nehmen die Deutschen Slawoniens in wirthschaftlicher Hinsicht eine vorherrschende, in politischer Beziehung eine ganz untergeordnete Stellung ein; zwei Dinge, die zueinander im schärfsten Widerspruch stehen. Daran sind wohl auch die Verhältnisse, vorwiegend aber die Deutschen selbst schuld. Ihre politische und kulturelle Organisation steckt trotz ihrer wirthschaftlichen Stärke noch in den Kinderschuhen, und die Opferwilligkeit zu nationalen Zwecken läßt beinahe noch Alles zu wünschen übrig. Je mehr ihre wirthschaftliche Erstarkung auf natürlichem Wege vorwärts schreitet, desto geringer wird ihre kulturelle und nationale Entwicklung. Die heutige Mehrheit des kroatischen Landtages wird kein Mittel unversucht lassen, das der Slawisirung unserer Deutschen dienlich sein könnte. Deshalb müssen sich die Deutschen um so fester zusammenschließen und, auf ihre wirthschaftliche Stärke pochend, mit ihren berechtigten kulturellen und nationalen Forderungen hervortreten, um das Bollwerk des Deutschthums am Fuße des Balkans zu schützen und zu festigen, ehe es zu spät wird, zumal die Zahl der rückgratlosen Ueberläufer unter den Deutschen Slawoniens ohnehin in erschreckender Weise zuzunehmen beginnt.

Rußlands westasiatische Politik.

Liebt man es, der Diplomatie vorzuwerfen, daß sie übermäßig langsam arbeite und nur zu oft hinkenden Ganges sich von den Ereignissen überraschen lasse, so muß man billigerweise zugestehen, daß ihre Behandlung des türkischen und asiatischen Problems seit der Balkankrisis diesen Tadel nicht verdient. Es ist in der kurzen Zeit eines Jahres außerordentlich viel zur Schlichtung der heiklen Streitsache geleistet worden. Im Frühjahr 1913 kam die Verständigung zwischen Deutschland und England über die Machtfragen im Bereich des Persischen Golfs zustande, heute ist das deutsch-französische Abkommen abgeschlossen, das die Interessenstreitigkeiten beider Mächte in ganz Syrien und Kleinasien friedlich schiedlich regelt; und zwischen diesen beiden Vertrags-Meilensteinen stellt die Verbindung eine ganze Reihe von Verhandlungen zwischen den Kabinetten der anderen Vertragsmächte in verschlungenem Kombinationsspiel her, so daß heute, formell wenigstens, eine Generaleinigung über den ganzen Komplex der wechselseitigen Gegensätze erzielt ist und sich zugleich ein deutliches Bild der Grundsätze und des Wesens dieses Ausgleiches ergibt. Auf der einen Seite erklären alle Komparenten feierlich, daß der Zweck der Verabregungen die unversehrte Erhaltung des Gebietsbestandes der Hohen Pforte sei, auf der anderen Seite vollzieht sich sichtlich immer deutlicher und schärfer eine Abgrenzung bestimmter Interessensphären der einzelnen Mächte, die man nach bisherigen Erfahrungen als Vorbereitung zur Auftheilung des fremden Ländergutes halten müßte, und zwar auf folgenden Grundlinien:

England betrachtet als sein Faustpfand die arabische Halbinsel, namentlich so weit sie als Hinterland des Persischen Meerbusens erscheint, Frankreich ist bevorrechtigter Gläubiger in Südsyrien und Ostanatolien. Deutschland bleibt das Durchzugs- und Einflußgebiet der Bagdadbahn in Westanatolien, Nordsyrien und im Irak. Rußland aber? Indem die Frage gestellt wird, ist schon auf einen dunklen Punkt, ein düsteres Wolkengebilde, das an dem sich aufklärenden politischen Horizont sich unbeweglich erhält, hingewiesen.

Moltke meint in den Tagebuchblättern aus der Zeit seiner Studienreisen in Türkisch-Westasien: „Die Macht, die Erzerum hält, beherrscht die unteren Gebiete des Zweistromlands. Der geniale Feldherr hat damit schon damals auf die außerordentliche und weittragende Bedeutung hingewiesen, die das armenische Problem für Rußland hat. Sobald die Truppen des Zaren den Araxes überschritten hätten, würde sich zweifellos das Gesammtbild der strategischen und politisch-geographischen Verhältnisse Westasiens vollkommen ändern. Der Eigenart seines physischen Aufbaus nach gleicht das armenische Gebirgsland einer riesenhaften Ritterfeste, die selbst von allen Seiten schwer angreifbar, auf das umliegende Land durch Beherrschung aller Zugänge und Pässe weithin die Faust legt. Von der Hochebene des Zweistromlands aus ist es militärisch überhaupt kaum zugänglich, von Nordwestsyrien, Kilikien, von allen Randländern des Nordostflügels des Mittelmeers nur sehr schwer, vom Norden her kann es lediglich die Macht angreifen, die unbedingt über die Wogen des Schwarzen Meeres gebietet. Umgekehrt würde die Macht, die einmal vom Kaukasus her in das armenische Stammland, das Reich der alten trapezuntischen und arsacidischen Herrscher, eingebrochen wäre und sich hier festgenistet hätte, ständig alle kleinasiatischen und syrisch-arabischen Gebiete ringsum bis zur Mittelmeerküste und zum Schatt el Arab hin bedrohen, so zwar, daß ihr auf die Dauer die Wege zu diesen Thoren der Meeresfreiheit kaum zu verlegen waren. Nicht minder günstige Trumpfkarten zeigt das armenische Spiel, politisch gesehen, für Petersburg; wenn die zarische Regierung sich im Frieden von Küttschük-Kainardschi das Protektorat über die christlichen Armenier sicherte, so gewann sie damit eine vortreffliche handliche Angriffswaffe, deren Bedeutung und Durchschlagkraft man wohl damals an der Newa selbst kaum geahnt hat. Denn das Armenierthum hat sich unter dem Druck der ewigen Verfolgungen, denen es seit uralter Zeit, nicht etwa nur unter türkischer Herrschaft, ausgesetzt gewesen ist, und entsprechend seiner Natur eines Händlervolks weit aus seinem Stammland über die umliegenden westasiatischen Gebiete ausgebreitet, und spielt allenthalben nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch eine führende Rolle; es ist in Nordpersien eine treibende Kraft der demokratisch-revolutionären Freiheitsbewegung, und seine Volksgenossen treiben gemeinschaftlich mit den Zirkassiern im kilikisch-syrischen Grenzgebiet, namentlich in den Bezirken von Zeitum und Marasch, dasselbe Räuber- und Plünderhandwerk, das die Landplage der Kurden in ihrem Heimathland besorgt. Kurz, beherrscht Rußland dieses Volksthum, so hat es das denkbar beste Mittel in der Hand, ein überaus wirksames fremdnationales Säureelement politischer Zersetzung für seine Zwecke und gleichsam als eine Vorhut zu nutzen, die ihm die Wege zum „warmen Meer", gleichgültig, ob es das mittelländische oder das indische sein soll, frei macht.

Angesichts dieser Thatsachen, deren Gewicht an der Sängerbrücke gewiß am wenigsten verkannt wird, erscheint es doppelt auffällig, daß Petersburg in der ganzen jüngsten Phase der großmächtlichen Auseinandersetzungen über die asiatische Türkei scheinbar eine passive Rolle gespielt hat und sich eine angeborene Farbe der Entschlußfassung von der Bedenklichkeiten-Blässe ankränkeln ließ. Geht man der Entwicklung der Dinge etwas näher auf den Grund, so kommt man zu anderem Urtheil: daß nämlich die zarische Politik entsprechend gewissen ihr wenig günstigen Wetterbildungen der Konjunktur wohl sehr vorsichtig in der Besetzung neuer Spielfelder gewesen ist, im Uebrigen aber offenbar auf keinen ihrer alten Pläne verzichtet und auf das Wahrwort von den russischen Mühlen, die langsam, aber sicher mahlen, vertraut hat.

Auf der Londoner Konferenz wurde bekanntlich eine allgemeine Einigung der Vertragsmächte über die Grundlinien eines armenischen Reformprogramms erzielt, jedoch in so dehnbarer und wenig greifbarer Form, daß davon eine praktische Regelung der heiklen und heißen Streitfrage in absehbarer Zeit nicht zu erhoffen war. So gina Deutschland, das durch die Entwicklung des Bagdadbahn-Kulturwerks wohl oder übel ein erster Mitinteressent der armenischen Frage geworden ist, in kräftiger Initiative selbstständig vorwärts und suchte mit Rußland in einer Besprechung à deux Klarheit zu schaffen: geleitet zugleich von der Hoffnung, dabei die in Potsdam eingeleitete, in Baltischport fortgesetzte Einigung über die westasiatischen Verkehrs- und politischen Gleichgewichtsfragen auf der ganzen Linie zum Abschluß zu bringen. Sehr bald aber erwies sich die Ungangbarkeit dieses Weges, theils weil im Petersburger Auswärtigen Amt unter den Nachwehen der Balkankrisis die deutschfeindlichen Stimmungen noch immer die Oberhand haben, theils weil Frankreich, das in der Levante politisch isolirt zu werden fürchtete, lebhaft protestirte. So mußten neue taktische Wege, um zum Ziel zu kommen, versucht werden. Berlin knüpfte unmittelbar Verhandlungen mit Paris an, deren Ergebnisse heute vorliegen, während Petersburg seinerseits in direkte Besprechungen mit der Hohen Pforte trat. Hierbei zeigte sich aber alsbald, daß die Stellung der Türkei doch weit stärker war, als man an der Newa es angenommen hatte. Zunächst, weil das Armenierthum selbst keinerlei Hehl daraus machte, daß es bei Weitem vorzöge, unter der Herrschaft des Halbmonds zu bleiben, sofern ihm irgendwie zuverlässige Gewähr für eine zeitgemäße politische Verwaltung gegeben würde, statt unter die russische Knute zu kommen, offensichtlich geleitet von dem Hintergedanken, daß es unter türkischen Auspizien eher auf Verwirklichung seines letzten und eigentlichen politischen Ziels, der Neuaufrichtung eines selbstständigen Nationalstaats, hoffen darf. Sodann, weil Frankreich, das der Hauptherd der armenischen Propaganda in Europa ist und in dem die Freiheitshelden der „Daschnatzutian" viele Sympathien genießen, offenbar auf diese Stimmungen desto mehr Rücksicht nehmen muß, je mehr es durch seine ostanatolischen Eisenbahnerlaubnisse in armenisches Land vorbringt, endlich deshalb, weil der Entente-Freund England es sich längst zum Grundsatz gemacht hat, Rußland in keiner Weise mehr Sekundantendienste gegen die Türkei zu leisten. So sah sich in merkwürdigem Wechselspiel nunmehr Rußland vor die Gefahr diplomatischer Isolirung gestellt und nahm daher jetzt gern die Dienste Deutschlands an, die ihm von dessen Botschaft am Goldenen Horn in geschickter Vermittlung geleistet wurden, so daß nach langwierigen Verhandlungen auch hier ein endgültiger Abschluß erzielt ist. Die anfänglichen Reformvorschläge der zarischen Regierung, die auf nichts anderes hinausliefen als darauf, Armenien zu einem russischen Schutzgebiet unter osmanischer Scheinsouveränität zu machen, sind vollkommen unter den Tisch gefallen. Ebenso vermochte die Hohe Pforte es durchzusetzen, daß aus den sechs armenischen Provinzen nicht, wie es Petersburg wollte, ein einziger, sondern zwei Verwaltungsbezirke gebildet werden. Dagegen mußte sie in der Frage der Amtsstellenbesetzung sich mit einem nicht unbedenklichen Vergleich begnügen. Ihr bleibt das unbeschränkte Recht der Ernennung der Generalgouverneure, denen aber europäische Generalinspektoren mit großen Machtbefugnissen, beispielsweise der Entlassung von Beamten und, der selbstständigen Leitung der Sonderkommissionen für die Grundbesitzregelung, zur Seite gestellt sind. Es ist klar, daß diese Bestimmungen für die Türkei mit ihrer anerkannten administrativen Unfähigkeit ein großer Segen werden können, sofern nämlich die Inspektoren erfahrene, tüchtige, politisch unabhängige Männer sind, denen kein anderes Interesse als das sachlicher Reformarbeit am Herzen liegt; eben so offen aber liegt zu Tage, daß damit ein scharfes Schwert gegen die Türkei geschmiedet werden kann, sofern nämlich die Aufsichtsräthe ihr Amt in den Dienst eines feindlichen Staates und dessen Machtgelüste stellen, was bei den russischen Bevollmächtigten mindestens vermuthet werden muß.

Nach allem wäre es zweifellos leichtfertiger Optimismus, zu glauben, daß die armenische Schicksalsfrage, der Kern- und Hebelpunkt des ganzen türkisch-asiatischen Problems, endgültig in glücklicher Weise gelöst sei. Für den russischen Bären, den landgierigen, liegt das Beutestück zu nahe, ist es zu verlockend mit seinen hunderterlei Gewinnmöglichkeiten, als daß er jemals seine Tatzen davon hinwegziehen wird, es sei denn gezwungen durch Gewalt und durch Erhaltung eines Uebergewichts der Kräfte der aufrichtig auf die Erhaltung des türkischen Besitzbestandes bedachten Mächte. Immerhin ist viel gewonnen: Bewegungsfreiheit für angespannte kulturwirthschaftliche Arbeit zur Schaffung moderner Rechts- und Gesittungsverhältnisse im Kernland des osmanischen Reiches. Und es ist auffallend und vielsagend, wie einstimmig heute gerade alle britischen Kenner des nahen Ostens erklären, daß in dieser Richtung Deutschland kraft des Bagdadbahnunternehmens am meisten, höchst Erstaunliches und Bewundernswerthes geleistet habe und daß, wenn das Werk weiterhin glücklich voranschreite und in armenisches Gebiet vordringe, die armenische Frage von selbst, durch Sicherung von politischer Ruhe im Sonnenlicht wirthschaftlichen Aufschwungs, sich friedlich lösen werde. Möge eine nahe Zukunft die Erfüllung solcher Erwartungen bringen: sicher ist soviel, daß alle internationalen Rechtsverträge nur soviel Werth haben können, als ernster, schaffensfreudiger und unbeugsamer Wille zu werkthätiger zivilisatorischer Arbeit im Sinne der Reformprogramme und -Prinzipien hinter ihnen steht.

Dr. Frhr. v. Mackay.

Lokal-Bericht.

Geburten.

Knaben.

John und Susanne Dinasch, 1514 Bremen Str.
Edward und Maria Van De Ryte, 613 Reave Straße.
George und Louisa Foertsch, 2087 Harrison Av.
Clifford und Clara Diggens, 824 Livingston Straße.
Joseph und Rosa Kaiser, 530 Pearl Straße.
A. und Lida Paian, 1997 Central Av.
William und Mamie Brink, 3040 Cleinview Av.
Larry und Leila Reely, 5536 Covington Av.
William und Rosa Gleason, 313 Ellen Str.
John und Emma Hagemann, 418 Liberty Str.
Walter und Ethel McFadden, 248 Northern Av.

Mädchen.

Joseph und Anna Brinkmann, 3314 Hackberry Str.
John und Mary Schuler, 1008 State Av.
William und Mary Coy, 252 Watson Str.
Alexander und Margareithe Kircher, 3468 Principe Av.
Raymond und Florence Davis, 432 Reading Road.
John und Maymie Henneffey, 1612 Dudley Str.
Arthur und Helen Clifford, 2635 Bellevue Av.
Joe und Josephine Dunhoft, 1110 York Str.
Nick und Anna Minnisch, 293 McMicken Av.
Frank und Edna McCleery, 1786 Elmore Str.
Nickolas und Maria Asterlos, 2143 Turner Str.
George und Nellie Bantin, 4325 Durham Avenue.